

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.50 Mk., bei Selbstabholung 1.40 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 Mk., für 1 Monat 1.50 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.50 Mk. Postcheckkonto Nr. 58 477. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18088.

Inseratskosten die Tagespaltene Pettelle oder deren Raum 40 Pfg., bei Plagvorschritt 45 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate 20% Feuerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 6.— Mk. jedes Laufend, bei Teilaufgabe 7.50 Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die 15. Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ein neuer „Sieg“ der Blutsocialisten.

An die Reichsregierung Berlin.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig protestiert gegen die Gewaltmaßnahmen, die die Reichsregierung gegen die Bremer Revolutionäre unternommen hat, und gegen die Absicht, sie auch gegen andre Städte noch anzuwenden. Sie führt damit den Bürgerkrieg in Deutschland herbei und zeigt, daß sie nicht gewillt ist, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten. Sie hat damit ihr Urteil über sich selbst gesprochen. Fünf Versammlungen am 3. Februar in Leipzig haben sich diesem Protest angeschlossen und versprochen, sich mit den Revolutionären in den andern Städten solidarisch zu erklären.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. J. U.: Schroers.

Eriefend von Blut.

Nichts kennzeichnet besser das Wesen der Revolution, wenigstens soweit wir sie bisher durchlebt haben, als der Massenprozeß gegen die Spartakusanhänger im Moabiter Kriminalgericht in Berlin. Als wenn in den Novembertagen des vorigen Jahres nichts geschehen wäre, fallen jetzt bürgerliche Richter ihre Urteile wegen Aufruhrs, wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, wegen sonstiger Sünden gegen die verlaubten und verschlimmelten Paragraphen der bürgerlichen Klassenjustiz. Da sitzen die Vertreter der alten Mächthaber und schiden Proletarier haufenweise ins Gefängnis, nur weil sie der Auffassung waren, daß ihnen die Revolution daselbe Recht geben habe wie den Kugelnierern der Revolution, den Ebert-Scheidemann. Die Regierung der Blutsocialisten und ihre journalistischen Helfershelfer spenden der bürgerlichen Klassenjustiz ihren lebhaftesten Beifall. Dabei bedenken diese Loren nicht, daß nach ihrer Logik sie selbst vor das Moabiter Tribunal gehören. Zwar haben sie nicht für die Revolution gearbeitet, aber sie haben sich schmarozend an sie herangedrängt, und als sie jede Gefahr beseitigt glaubten, sie für ihre Zwecke benutzte. Die Ebert-Scheidemann und Noske waren gewiß nicht auf der Straße, als das Proletariat in den Novembertagen für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfte; aber sie waren zur Stelle, als es galt, die Früchte der revolutionären Erhebung zu pflücken. Sie sind also zwar keine Revolutionäre, wohl aber sind sie, vom bürgerlichen Standpunkt aus betrachtet, Helfer der Revolution.

Aber sie glauben, wenn sie ihre Hände in Proletarierblut tauchen, wie es schlimmer auch nicht die alten Mächthaber tun konnten, hätten sie die gegenrevolutionäre Ordnungsbefehle an der Leine, brauchten sie für sich selbst nichts mehr zu fürchten. Die ganze Revolution ist den Scheidemannern in der Seele zuwider. Sie ist ihnen noch weniger als ein leerer Begriff, sie dient ihnen nur als ein Hilfsmittel zur Förderung ihres Parteigeschäfts. Nicht um Sozialismus und Sozialisierung ist ihnen zu tun, sondern um den Gang von Wählerstimmen. Am Wesen der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse soll sich nicht viel ändern. Die Arbeiterschaft glauben sie durch die von ihnen jahrelang betriebene Instanzenpolitik und durch ihren bürokratischen Apparat in der Hand zu haben; sie glauben, daß die Erringung des gleichen Wahlrechts und des Achtstundentags genüge, um die Arbeiter in ihrem Parteispieß zu halten. Und das Bürgertum wollen sie dadurch für sich gewinnen, daß sie ihm zeigen, daß sie noch viel besser für „Ordnung“ und „Sicherheit“ sorgen können als die alten Gewalten.

Jetzt haben die Noske-Garden wieder einen glorreichen Sieg errungen. Sie sind, wie triumphierend von der Regierung und von der bürgerlichen Presse meinte gemeldet wird, in Bremen eingedrückt. Die Minenwerfer, die Granaten, die Maschinengewehre, der ganze Kriegsapparat Wilhelms II. hat seine Schuldigkeit getan. Siegesbulletins werden verschickt, als wenn es sich um eine neue Einöschung von Schweden, um die Brandanschlagung belgischer, französischer oder russischer Provinzen, um die Niederwerfung von Serben oder Rumänen handelte. Wie in Berlin, so soll jetzt auch in Bremen die Ordnung wiederhergestellt werden, nämlich die Ordnung, die der Kapitalist zur Sicherstellung seiner Profitmöglichkeiten braucht. Wie in Berlin, so sollen jetzt auch in Bremen die Offiziere säbelklingend und anmaßend haufenweise durch die Straßen ziehen, während man den Arbeitern die Waffen raubt, um der Welt damit zu zeigen, daß der Militarismus noch längst nicht beseitigt ist, daß er im Gegenteil sich ansieht, mit Hilfe der Regierung der Blutsocialisten die alte Herrschaft über die deutsche Bevölkerung aufs neue anzutreten.

Und zur selben Zeit, wo in Bremen Arbeiterblut in Strömen fließt, wo in Bremen die Bourgeoisie wieder in ihre alten Machtstellungen eingeseht wird, hält Herr Wels im Auftrage der Blutsocialisten auf der internationalen Konferenz in Bern eine Rede, in der er die Handlangerdienste der Regierungsocialisten während des von Wilhelm II. und den deutschen Imperialisten geführten Eroberungskrieges verteidigt; und den Vorkriegern noch einmal erklingen läßt, den Herr David in Stockholm vor zwei Jahren zum Spielen gebracht hat. Ausgerechnet Herr Wels darf als Wortführer der Blutsocialisten in Bern auftreten, derselbe Wels, auf dessen Schuldkonto zum größten Teil die Ursachen zu den Meutereien an Arbeitern in Berlin zu setzen sind.

Man kann es verstehen, daß sich aufrechte Sozialisten nur mit Gefühlen des Ecls mit Deuten dieses Schlags an einen Tisch setzen. Aber es handelt sich nicht hier darum, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben, es kommt auch nicht auf die Namen der augenblicklichen Führer an, sondern um die Wahrnehmung der Interessen des gesamten internationalen Proletariats. Und mögen die Ebert-Scheidemann, die Noske-Wels sich jetzt noch als Führer von Massen aufspielen, so ist doch die Zeit nicht mehr fern, in der ihnen das gesamte Proletariat den verdienten Fuhrtritt verweigert wird.

Die Zeit ist nicht mehr fern. Es beginnt zu tagen! Schon haben in Sachsen die Blutsocialisten binnen vierzehn Tagen, während den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und zur sächsischen Volkskammer, den fünften Teil ihrer Anhänger, etwa 230 000 Stimmen, verloren, wogegen die Unabhängige Sozialdemokratie trotz allgemainer Wahlmüdigkeit die Zahl ihrer Anhänger um 5 Prozent steigern konnte. Und wir stehen erst im Anfang der rückläufigen Bewegung der rechtssozialistischen Partei. Wir werden den Arbeitern, zu denen wir bisher noch nicht sprechen konnten, zeigen und sie während des Krieges von den Scheidemannern belogen und betrogen worden sind, wie sie jetzt in Massenmorde an Klassenangehörigen hineingehetzt werden, wie die Ebert-Scheidemann alles tun, um das Proletariat, um die wenigen Errungenschaften der Revolution zu verorten, um die Weiterführung der Revolution bis zu ihrem Ziele der Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens zu hintertreiben.

Es beginnt zu tagen! Schon hat der Soldatenkongreß in Berlin gegen die Missetaten der Ebert-Scheidemann stürmisch protestiert, schon fordern die Soldatenräte, noch vor kurzem zum großen Teile die getreuen Anhänger der Scheidemann, die Abberufung des Gewaltmenschen Noske. Selbst Herr Cohen wollte oder konnte dieses Votum nicht hindern. Wenn schon diese Stützen der Regierung Ebert-Scheidemann wanken, was dann noch Bestand? Etwa die Bourgeoisie? Sie betrachtet die Ebert-Scheidemann nur als ihre Plaghälter. Sie wartet auf den Augenblick, wo sie nicht nur inoffiziell durch die Vertreter des alten Militarismus die Macht ausüben, sondern in aller Form die Zügel wieder in die Hand nehmen kann.

Eriefend von Blut sind die Hände der Noske, der Ebert, der Scheidemann, der Wels. Aber während sie jetzt die Triumphtore zu sein glauben, schreibt schon eine feurige Hand ihr Menetekel an den Himmel des Weltgerichts. Sie glauben in einem Meer von Arbeiterblut den Felsen ihrer Herrschaft gründen zu können. Aber dieses Blutmeer wird sie verschlingen! Das Proletariat, im revolutionären Willen gesammelt und geehrt, wird die Sieger von heute in denselben Abgrund der Verachtung werfen, der schon die Sieger von gestern verschlungen hat.

Das Blutbad in Bremen.

Der Einzug der Noskegardien.

Bremen, 4. Februar. Die Noskemänner Bureau meldet, sind um 8 Uhr abends die Regierungstruppen nach hartem Kampf in Bremen eingezogen und haben den Markt, das Rathaus und die Wärfen besetzt. Die Arbeiter ziehen sich nach Gröpeltingen zurück.

Bremen, 4. Februar. (W. Z. V.) Besetzungsmäßig haben die Regierungstruppen am Dienstagvormittag den Einmarsch in Bremen begonnen. Der Einmarsch hat sich planmäßig vollzogen. Um 8 Uhr nachmittags war die Stadt im Besitz der Truppen, die das Rathaus, die Wärfen und andre wichtige Gebäude und Plätze der Stadt besetzten. Die Aufständischen haben aus Damburg keinen weiteren Zugang erhalten.

Bremen, 4. Februar. (Vergangender Bericht.) Bereits im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends nahmen die Vorpostenengesehite im Landgebiet und am Rande der Stadt an Umfang zu. Es kam teilweise zu lebhaften Kämpfen, bei denen laut Mitteilung der Stadtkommandantur Bremen 7 Tote aus Seiten der Bremer und 12 Tote aus Seiten der Division Gerstenberg getötet wurden. Die Zahl der Verwundeten soll auf beiden Seiten etwa 40 Mann betragen. Seit heute früh setzte der Angriff mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ein. Die Arbeiterschaft verteidigte sich hart-

näckig. Starke Geschützbeschießung und heftiges Maschinengewehrfeuer rissen durch die Stadt. Die Straßen und Plätze um das Rathaus herum sind abgesperrt, wodurch auch der Straßenbahnverkehr teilweise unterbunden wird. In der übrigen Stadt läuft der Verkehr relativ gut, bis auf die Zugangsstraßen zur Stadt, wo die bewaffneten Arbeitstruppen sich dem Vordringen der Regierungstruppen entgegenstellen. Im neuen Rathaus ist das rote Kreuz untergebracht. Mehrere Granaten schlugen in unmittelbarer Nähe des Marktes der Wärfen und des Rathauses ein. Das neue Rathaus erhielt Kollertreffer durch das Dach, ebenso der Nordturm des Doms in halber Höhe. Eine Granate, die in unmittelbarer Nähe der Wärfen einschlug, zerstückerte durch ihre Splitter sämtliche nach Norden liegenden Fernschreiber des Noskemännischen Telegraphenbureau.

Gegen 2 1/2 Uhr stante das Bombardement in das Rathaus trocken. Eine weitere Anzahl schwerverwundeter soll, wie berichtet wird, im Rathaus liegen. Ueber die weiteren ausfallslos beträchtlichen Verluste ist im Augenblick nichts Näheres zu erfahren. Gegen 3 1/2 Uhr herrschte Ruhe.

Wie wir weiter hören, hat die Arbeiterpartei in den ersten Nachmittagsstunden den Kampf als aussichtslos eingestellt und den Rückzug in Richtung auf Gröpeltingen angetreten. Einzelne Truppen verteidigten sich noch tapferkühn im Innern der Stadt und an den Brückenübergängen. Verhandlungen wurden angestrebt. Um 4 Uhr setzte das Bombardement in alter Stärke wieder ein. Die Arbeiter hatten die Übergänge der Wärfen. Um 6 Uhr sind die Regierungstruppen in die Stadt eingedrungen und haben den Markt, das Rathaus und die Wärfen besetzt. Auch das Noskemännische Telegraphenbureau erhielt eine Besetzung von Regierungstruppen.

Aus Bremen meldet der Sozialist: Die Division Gerstenberg hat das Stadthaus, das Komptelegraphenamt, Fernschreibamt und verschiedene städtische Gebäude besetzt, die stark verbleibend wurden. Der Stadtmittler Gerstenberg befindet sich in einem Vorort Bremens. Bremen hat weiter keine Truppenzuführen erhalten als die aus Bremerhaven. Sollten weitere kommen, so werden sie jedenfalls abgeschritten werden. Gestern abend wurde in den Vororten um die Wärfen stark gekämpft. Es ist voranzuschauen, daß in dieser Nacht die Entscheidung zugunsten der Regierungstruppen fallen wird.

30 Tote, 100 Verwundete!

Bremen. Bisher wurden in verschiedenen Krankenhäusern 30 Tote und 100 Verwundete eingeliefert. Das Kampffeld wird nach weiteren Opfern abgeflucht. Die Gesamtzahl wird sich sicher noch bedeutend erhöhen.

Verhandlungen mit Braunschweig.

In Braunschweiger Regierungskreisen will man einen kriegerischen Konflikt mit der Reichsregierung verhindern und eine Verständigung herbeiführen. Zu diesem Zwecke waren zwei Vertreter des A. und S. Rates in Berlin, um sich mit der Reichsregierung in allen schwebenden Fragen einander anzusehen. Die Verständigung in allen dem Berliner Tageblatt zufolge, dahin, daß die bestehenden Differenzen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen beigelegt werden sollen. — Wie das amtliche Organ der Braunschweiger Regierung, die Braunschweiger Anzeiger, mitteilen, wurde dort der mehrheitssozialistische Landtagsabgeordnete und Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Rechtsanwalt Dr. Jasper, verhaftet.

Die internationale Konferenz.

Die allen Töne der Scheidemannern.

Gen., 4. Februar. (W. Z. V.) Der Internationale Sozialistenkongreß ist gestern nachmittags unter zahlreicher Beteiligung eröffnet worden. Eröffneten sind 20 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Belgien, Frankreich, Dänemark, Finnland, Schweden, England, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Litauen, Estland, Polen, Bulgarien usw. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan. Belgien und die Vereinigten Staaten verhalten sich auch weiterhin ablehnend.

Henderson schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die der internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstanden, und betonte, daß die letzte Konferenz auf die Friedensverhandlungen einwirkte, besonders von Seiten der Arbeiterschaft dienen sollte. Zur Eröffnung standen nur 14 Tage zur Verfügung, worauf man Rücksicht nehmen mußte.

Auf Vorschlag von Henderson wurde Branting zum Vorsitzenden der Konferenz gewählt, während auf Vorschlag von Quasman der Holländer W. I. de Witte zum Vizepräsidenten gewählt wurde. Als Vertreter der Neutralmächte wurde der Deutsch-Österreichische Soldat, als Vertreter der Entente Henderson zum Vorsitzenden ernannt.

Branting nahm die Wahl zum Präsidenten als Beweis der Anerkennung für die von neutraler Seite, besonders von Schweden während des Krieges unternommenen Schritte zugunsten der Internationalen an. Er verbreitete sich sodann über die politische Lage und über die Aufgaben der Konferenz.

Der Krieg, der die Welt verheert hat, war nur möglich innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung, die immer bestrebt war, die Internationalen abzuschaffen. Die Beweise, die bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationalen

nale in gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinigen, sind vollständig gescheitert. Es muß jetzt an uns die Reihe sein, mit Bestimmtheit gegen den Annexionsstolz, von welcher Seite er auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratie in Europa, und einstimmig Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Hauptstädte, die aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die Londoner Konferenz der Entente-sozialisten im Februar 1915 hat betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt werden sollte. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der von ihr nicht beangenehten Verbrechen ganz verbüßet müßte, und es wäre mit der Zivilisation unverträglich, wenn die Arbeiterklasse sogar zu schwerer Arbeit verurteilt würde. Nur den Sieger ebenso wie für den Besiegten muß als einzige Grundlage gelten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Wilson hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Reiches des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert. Die Pariser Weltkonferenz hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Reiches des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert. Die Pariser Weltkonferenz hat es unternommen, mit seinen 14 Punkten inmitten der Staatsmänner und Politiker der kapitalistischen Welt gewissermaßen eine Revolution herbeizuführen und hat statt des Reiches des Einzelnen einfach das Recht aller proklamiert.

unser Programm für den Völkerverbund

nustellen. Was die territorialen Fragen anbetrifft, so ist auch hier ein Ausdehnen ohne Völkerverbund unmöglich. Wilson hat auf Grund seiner 14 Punkte dagegen protestiert, daß Völkerverbund und Provinzen von Oberherrschafft zu Oberherrschafft verschoben werden könnten. Die sozialistischen Arbeiter erheben energischen Protest gegen derartige Verträge. Ich warne die Sieger davor, den Sieg zu mißbrauchen und dadurch neue Konflikte heranzubekommen. Ich warne die jungen Nationen davor, in ihrem ersten Rausch weiterzugehen als billig ist, und ich erwarte von dem Völkerverbund, daß die berechtigten Entwicklung der Nationalitäten in allen Staaten durch das Selbstbestimmungsrecht gesichert wird. In den Friedensverträgen muß auch die allgemeine Arbeitergelehrsamkeit einbezogen sein. Unter Mißbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die Herrschaft für einen Minderheitsterror verlangt, der das Gegenteil des Sozialismus erzeugt. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen unglücklich jede Entwertung ab, die nur der Arbeiterklasse Schaden und den Sozialismus kompromittieren könnte. Unsere Wiener Konferenz steht unter dem Zeichen der Vorbereitung, wie wir nach Abschluß der Weltkriege die Verbindung mit den anderen Völkern wieder aufnehmen. Bräutigam schloß mit der Krönung, eine Kommission zur Vorbereitung einer großen Konferenz zu bilden, damit die Internationale endlich ihre Arbeit aufnehmen könne. In der Abendung ergriff der französische Abgeordnete Mitrail das Wort. Die Dampfräder, die die heutige Konferenz schloß mit dem Inhalt des antinationalen Friedensbegriffes und gleichzeitig auch im Wort des Grases für die aus dem revolutionären Zustand in Deutschland, Österreich und Rußland hervorgerufenen Staaten lebe.

Für die deutschen Rechtssozialisten erwiderte sodann der Abgeordnete Weis auf die Angriffe Thomas' gegen die Politik der deutschen Rechtssozialisten.

Er rekrutiert deren Willkür während des Krieges und führte den Sozialisten der Entente vor Augen, wie oft gerade sie verlangt hätten, wo es sich um die Sache des Friedens und der Menschlichkeit gehandelt habe. Weis erklärte es für unmöglich, wenn Thomas die Brandmarke und den Ausschluß der deutschen Rechtssozialisten fordere. Wenn der Aufbau der Internationale komme, so komme er nur unter Mitwirkung der deutschen Sozialisten, hinter denen die Mehrheit des deutschen Volkes stehe. Thomas habe darauf hingewiesen, daß in Paris imperialistische Strömungen am Werke seien. Es sei deshalb Pflicht der Sozialdemokratie, vorwärts und nicht rückwärts zu schauen. Die deutschen Sozialisten hätten verwickelt, was der Internationale Konkrete vor dem Kriege gefordert hätte. Sie hätten einen sozialistischen Staat aufgebaut (1) und wären nicht mehr als Vertreter des absoluten Deutschland, sondern als Vertreter der sozialistischen Republik, die mit dem Weltkongress und dem freiesten Wahlrecht der Welt die Hauptforderungen der Sozialdemokratie verwirklicht habe. Die Gefahr für die Sozialdemokratie bestehe im Volksweltismus und in den Strömungen unter den Einheitspartei, die zu denken geben sollten. Die deutschen Sozialisten hätten das Ultimatum an Serbien bekämpft. Als alles versagt habe und der Krieg ausbrach, habe die deutsche Sozialdemokratie sich zu ihrem Volke gestellt. Sie habe ihr Land verteidigen wollen und immer mehr die Verschattung ihres Standpunktes eingesehen, je mehr vor der russischen Invasion die Scharen der deutschen Arbeiter aus Österreich in das Land gedrängt seien. Die deutschen Sozialisten wollten dort, wo Unrecht geschähe, das Unrecht gern anerkennen, und der Einbruch in Belgien, der ein Vertragsbruch gewesen, müsse seine Sühne finden. Das erklärte ich feierlich vor der gesamten Internationale. Dann brachte Weis seine

Anfragen gegen die Entente

vor, ihren Dünnekräften gegen deutsche Frauen, Greise und Kinder, der 700 000 Tote gekostet habe, und deren Kriegsführung den deutschen Sozialisten zum großen Teil die Trümmer aus der Hand geschlagen habe, die sie gegen den U-Bootkrieg besaßen. Thomas habe darauf hingewiesen, daß die deutschen Mehrheitssozialisten mit Schuld an dem Frieden von Brest-Litowsk seien. Er müsse Thomas fragen, wo denn die französischen Sozialisten gewesen seien, als die Friedensverhandlungen um acht Tage verschoben wurden, damit die ganze Welt an Frieden teilnehme. Damals, als französische Sozialisten nicht gekommen waren, damals hätten sie, den Frieden von Brest-Litowsk bilden, den hernach die deutschen Sozialisten bekämpften. (2) Denn, wenn Thomas frage, wo die deutschen Sozialisten bei Brest-Litowsk gewesen seien, so müsse er fragen, wo die russischen Sozialisten bei der Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen geblieben seien, die härter als der härteste Friedensvertrag seien, der jemals einem Volke ausgenutzt worden ist. Das deutsche Volk wolle einen Rechtsfrieden schließen und erwarte die Durchsetzung dieses Rechtsfriedens von der Macht des Proletariats. Er werde aber in dem Glauben an die Macht des Sozialismus gefestigt werden, wenn der Rechtsfrieden sich in einen Rechtsfrieden verwandeln sollte und den Keim zu neuen Kriegen legen würde.

Renaudel (Frankreich) bedauerte, daß die deutschen Rechtssozialisten

sich mit dem Verbrechen ihrer Regierung identifiziert hätten. Es sei kein Zufall, daß Scheidemann nicht auf der Konferenz vertreten sei. Die deutschen Mehrheitssozialisten hätten unbedingt gegen die Besetzung der belgischen Neutralität protestieren müssen. Schon bei Kriegsausbruch und nicht erst jetzt, wo der Krieg verloren sei, hätte man die Verantwortung der Regierung feststellen müssen. Renaudel gibt dann Kenntnis von der Unterredung, die der deutsche Sozialist Müller im August 1914 mit französischen Sozialisten in Paris hatte, und in der dieser erklärt habe, die deutschen Sozialdemokraten würden die Kriegskredite verweigern. Trotzdem hätten nach einigen Tagen die Sozialdemokraten mit Ausnahme von Liebknecht die Kredite bewilligt. Für die französischen Sozialisten sei es unter diesen Umständen eine Pflicht gewesen, die Kriegskredite zu bewilligen, da die französische Regierung keine unmittelbare Schuld am Ausbruch des Krieges gehabt habe. Nichtsdestoweniger sei sich die französische Sozialdemokratie bei imperialistischen Streben ihrer Regierung nach Kolonialmacht voll bewußt. Wegen diese Strömungen kämpfe sie noch wie vor, besonders jetzt, wo diese Politik in Paris aus neue ihr Haupt erheben wolle. Die politische Unfähigkeit der Deutschen, die in der Haltung der deutschen Sozialdemokraten zum Ausdruck gekommen sei, sei eine Tatsache, mit der die Internationale rechnen müsse. Es sei bedauerlich, daß Liebknecht, dessen Haltung die französischen Kommunisten bewunderten, durch die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten, die schließlich

zu seinem Tode geführt hätte, zu seiner Stellungnahme gewonnen worden sei. Die Verantwortlichkeit Frankreichs bestehe die größte moralische Bedeutung für die internationale Frage. Gerade die Aussprache über die Schuldfrage werde von größter Bedeutung für die Ausrichtung der Internationale sein.

Nach den Ausführungen Renaudels würde die Sitzung geschlossen und am Dienstag morgen wieder eröffnet. Bräutigam schloß mit, daß Dr. Steib bringen nach Wien zurückgehen solle. Gansmann erwähnte, daß weitere Delegierte aus Spanien, Italien und Österreich angekommen seien.

Hierauf ergriff das Wort Kurt Eisner: Was Renaudel vorbrachte, waren mehr Klagen als Anklagen. Wir brauchen die Internationale, und vor allem brauchen wir Klarheit und Einheit. Was wir ferner nötig haben, ist nicht nur organisatorischer, sondern sachlicher und innerer Aufbau. Klagen und Verleumdungen dürfen nicht mehr sein, und erst dann, wenn diese nicht mehr sind, ist die Zeit zum Wiederaufbau gekommen; aber auch dann nur hat die Internationale Bestand, wenn sie auf Vertrauen aufbauen kann. Einheit der Völker und der Staaten, innere politische Einheit, das sind die Faktoren, die uns vordrängen. Wir verlangen nach der

Feststellung der Schuld

damit wir auf dem Wege des Sozialismus voranschreiten können. Wollen wir Anklagen erheben gegen diejenigen, die Schalter am Schalter mit und gegen? Ich lese seinen Wert auf die Frage, ob wir die alten geliebten sind, sonst müßte auch untersucht werden, was das Alte wäre. Das Volk in Deutschland hat nicht früher gewählt, sondern Sozialisten. Die Rede Weis' atmet völlig den alten Geist. Ich weiß nicht, ob Weis diese Rede auch als Wahlkampfsrede hielt. Ich verheide den Zweck seiner Rede nicht. Wollte er sagen, daß wir uns nicht haben, dann kann ich ihm verstehen. Wenn aber Weis den Parteivorstand und die Partei, die hinter ihm steht, verteidigen will mit den Worten: Wir mußten so handeln im August 1914, dann wäre eine logische Beweisführung nötig gewesen, die aber nicht erfolgt ist. Ich war dabei in den letzten fünf Jahren 1914, als gegen die drohende russische Gefahr protestiert wurde, und ich selbst hat bei meinen französischen Freunden um Hilfe. Ich war nicht in Berlin bei Ausbruch des Krieges; als ich aber das Weisbuch gelesen hatte, stand bei mir fest, was die Schuldigen waren. Wir sind skandalös skandal, aber die Auffassung, daß wir

einander noch die blutigen Hände reichen, als wäre nichts geschehen, halte ich nicht für richtig. Selbst die bürgerlichen Deutschen leugnen die Kriegsschuld nicht. Daß die Mehrheitssozialisten 12 Millionen Wähler hinter sich haben, beweist nicht die Wahrheit ist kein Multiplikationsexempel. Aber wir wünschen nicht, daß die Mehrheitssozialisten hier als Wähler erscheinen. Sie sollten sich nur überlegen, ob sie nicht in dreieinhalb Jahren in einem Taumel der Freuden besungen waren. Dieser Krieg ist von einer kleinen Horde großemutwilliger Militärs in Deutschland im Verein mit Kapitalisten und Priestern ohne jede politische und militärische Einsicht gemacht worden. Die deutsche Sozialdemokratie hätte nach vierzehn Tagen ihre Aufgabe darin sehen müssen, die Regierung zu stürzen und Frieden zu machen. Was uns not tat, ist die Feststellung der Verantwortlichkeit und die Verstrafung der Schuld. Scheidemann hat noch beim Londoner Friedensmanifest 1918 gesagt: Wir müssen durchhalten. Es geschah dies zu einer Zeit, als die deutschen Truppen wieder einmal allmählich standen. Der Redner führte noch den großen Wahnsinn vom 4. August 1914 vor Augen, wo man daran dachte, den Krieg in 14 Tagen beendigen zu können, und wo man die englische Flotte vernichten wollte. Auch die Deutschen wollten die Entente durch den U-Bootkrieg andauern. Für den U-Bootkrieg stimmten auch die Scheidemannier. Man brauche den anderen die Hungerpolitik nicht vorzuwerfen, wenn man sich gleichzeitig als schuldig bekennen muß. Ich erinnere mich an die Worte Jaurès' auf dem Pariser Friedenskongress 1918, als er sagte: Wir müssen durch ein Meer von Blut waten.

Ein Hilferuf an die Internationale.

Genosse Theodor Liebknecht hat an die internationale Sozialistenkonferenz in Bern folgendes Telegramm gerichtet:

„Erblicke Hilfe der Internationale gegen Versuch der mitschuldigen Ebert-Regierung, durch Kriegsgericht Aufklärung zu verhindern und protestiere beim Andenken meines Vaters und ermordeten Bruders gegen Zulassung ihrer Handlanger zur Konferenz. Kommen unumgänglich, da Paß trotz Mandats von Regierung zurückgehalten.“

Die Reichskonferenz der Soldatenräte gegen die Regierung.

Am Dienstag traten in Berlin Abgeordnete der Soldatenräte aller Armeekorps zusammen, um Stellung zu nehmen zu der Neurechtung der Kommandogewalt durch die Regierung Ebert-Scheidemann. Gegen Cöhen-Reich, den Vorsitzenden des Vorkommensrates, der geheime Tagung wollte, wurde die Öffentlichkeit der Konferenz beschlossen. Der Versuch, die Tagung ins Dunkel zu hüllen, wird verblüffend bei der Stimmung, die die Konferenz gegen die jüngsten Gewaltmaßnahmen der Regierung Ebert-Scheidemann beherrschte. Noch im Dezember, auf der Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin, konnten sich die Mehrheitssozialisten im wesentlichen auf die damals noch unausgeklärten Soldaten stützen. Jetzt aber ist aus deren Reihen eine Opposition entstanden, die der Regierung Ebert-Scheidemann-Rohde arges Abdrücken machen wird. Die Konferenz wandte sich in schärfster Weise gegen die Vorkommensrat in Bremen. An den Oberkommandierenden Rohde wurde ein Telegramm gerichtet, in dem das Vorgehen der Regierung gegen Bremen scharf verurteilt wird und in dem es weiter heißt:

„Die verammelten Zentralkomitee von 21 Armeekorps legen dem Oberkommandierenden nahe, die Vermittlungsvorschläge, die der Soldatenrat des 9. Armeekorps gemacht hat, anzunehmen, andernfalls die Regierung für das Kommando Winterbergen voll verantwortlich gemacht wird.“

Das hätte wohl die Regierung Ebert-Scheidemann nicht erwartet. Aber die Toten dieser „sozialistischen“ Regierung reuere eine so eindringliche Sprache, daß die Konferenz noch weiter ging und auch die Abberufung von Cöhen forderte, und zwar formell in einem Antrag. Daran änderten auch die Versuche der Herren Cöhen und Wehr nicht, die sich kräftig für die Politik der Regierung ins Zeug legten.

So ist die Konferenz der Soldatenräte ein bedeutendes Zeichen der Zeit, das die Regierung Ebert-Scheidemann natürlich nicht verstehen wird. Sie wird bei ihrer Politik verharren, weil sie nicht anders kann. Sie ist die Gefangene der Bourgeoisie und der Militaristen, deren Forderungen sie durchsetzen muß. Um so erfreulicher ist die zunehmende Erkenntnis unter den Soldaten, die zu fördern es mit allen Kräften gilt.

Ein neuer Verrat!

Berlin, 5. Februar. Das Berliner Tageblatt meldet: Der Zentralrat der deutschen Republik hat an die Nationalversammlung eine Mitteilung ergeben lassen, in welcher er das gebieterische Bedürfnis betont, das Reich zu einem Einheitsstaate umzugestalten. Als die

wichtigste Aufgabe der A- und S-Mitte in ganz Deutschland bezeichnet der Zentralrat die Bekämpfung einzelstaatlicher Hoheitsrechte. Die Reichs-Nationalversammlung dürfe von seiner anderen Körperschaft, insbesondere nicht von den Landesparlamenten beschränkt werden. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongress der A- und S-Mitte übergebene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten zum Glück und Gedeihen des gesamten deutschen Volkes jeden Erfolg.

Wie kommt der Zentralrat zu diesem Beschluß? Er hat seinen Auftrag vom Mittelkongress und nicht von der Nationalversammlung. Erst ein neuer Mittelkongress kann die Abbanfung des Zentralrats beschließen. Haben die Scheidemann etwa Angst vor der sie bedrohenden Abrechnung?

Die Bestattung Franz Mehrings.

In großer Zahl hatten sich Dienstag mittag um 12 Uhr im Saale des Stadtparks in Steglitz bei Berlin, dem Wohnort Franz Mehrings, die Freunde, Gesinnungsgenossen und Verehrer des „Mitten“ eingefunden, um ihm die letzte Ehre zu erweisen, um ihm das Gütliche auf seinem letzten irdischen Gange zu geben. Der Sarg mit den herrlichen Ueberresten Franz Mehrings war von einem Arrangement von Grün und Blüten umgeben. Eine Halle von Kränzen lag zu Füßen des Toten. Besonders eindrucksvoll waren die Kränze der Sowjetrepublik, der sozialistischen Akademie in Moskau und des Genossen Hoffe, des früheren russischen Gesandten in Berlin, der sich zu den engeren Freunden Mehrings zählte. Ferner hatten Kränze niedergelegt die Kommunistische Partei, die Redaktion der seit zwei Tagen wieder erscheinenden roten Fahne, die Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie, die Parteigenossen von Leipzig, die Redaktion und Geschäftsleitung der Leipziger Volkszeitung, sowie eine Anzahl Berliner Vereine. Ein Streichquartett und ein Sängerpaaar leiteten die Feier mit stimmungsvollen Vorträgen ein. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Ernst Meyer. Er gab einen Überblick über den Lebensgang und das Werk Franz Mehrings, zeigte, was Mehring für das Proletariat, für den Sozialismus, für die Internationale gewesen ist, schilderte die persönlichen Eigenschaften des Toten, der sich nicht an der Sache der Unterdrückten und Entrechteten bekann, und den auch die Verfolgungen des Lagerungsstandes in seinen Ueberzeugung nicht wankend machen konnten. Erste musikalische Vorträge schlossen die Feier.

Ein langer Zug von Leidtragenden bewegte sich dann noch dem Friedhof in Steglitz, wo Mehring seine letzte Ruhe finden soll. Am offenen Grabe sprach Ebert für die Kommunistische Partei, für die Unabhängige Sozialdemokratie wilmete Genosse Volt-herr unserm toten Mehring einen warmen Nachruf. Er sagte, daß Mehring nicht nur der Träger einer Idee gewesen, sondern daß er dafür gekämpft und gelitten habe, um diese Idee in die Tat umzusetzen. Er sei einer von jenen Männern, von denen Goethe sagt, daß ihr Name in die Ewigkeit nachwirken werde. Es sprachen dann noch ein Vertreter der Jugendlichen, ein Beauftragter der russischen Republik und viele andere Genossen und Freunde. Genosse Prager überbrachte die letzte Grabe aus Leipzig, insbesondere von der Leipziger Volkszeitung, dessen Freund und Mitarbeiter Franz Mehring Jahrzehnte hindurch gewesen ist. Der Vortrag des Todes; Ein Sohn des Volkes schloß diesen Teil der Totenfeier ab.

Aus den letzten Tagen Franz Mehrings wird uns noch berichtet, daß er bis wenige Stunden vor dem Tode bei klarem Denken gemessen ist. Er nahm selbst den Anteil an allen öffentlichen Vorträgen, er wollte die Zeitungen lesen, und man konnte ihm infolge dessen die Dinnardung der Genossen Liebknecht und Luxemburg nicht verheimlichen. Diese Untaten verzeihen ihn in lebhaftest Erregung. In einem unbewachten Augenblick verließ er das Bett und ging mit bloßen Füßen auf dem Fußboden umher. Bei dieser Gelegenheit hat er sich die Lungenerkrankung zugezogen, die seinem Leben ein Ende setzte.

Von Franz Mehring ist ebenso wie von Karl Liebknecht die Totenmaske abgenommen worden. Die erste Ordnung der Hinterlassenschaft Franz Mehrings hat vorläufig Genosse Eduard Busch übernommen.

Arbeitszwang und Hungerpeitsche.

Der Krieg hat das Wirtschaftliche zerstört. Vierundzwanzig Jahre äußerster wirtschaftlicher Ausbeutung mit seinen Folgen des Mangels an Rohstoffen, der Abnutzung aller Produktionsmittel, der Unterernährung der Arbeiter, haben den Zusammenbruch des Wirtschaftens unvermeidlich gemacht. Jetzt kann die drohende Gefahr des dauernden wirtschaftlichen Niedergangs nur noch durch Hebung der Wirtschaftskräfte und Förderung des Sozialismus abgewendet werden.

Aber in der Förderung des Sozialismus steht das Bürgerturn eine große Gefahr. Der kapitalistische Profit bedroht. Mit dem Aufgebot aller Kräfte suchen deshalb die Kapitalisten alles zu verhindern, was den Sozialismus fördern könnte. Von ihnen gehen deshalb viele der Schwierigkeiten aus, die gegenwärtig die Erzeugung hemmen.

Die Unternehmer, die vierundzwanzig Jahre getreulich alle Schritte der Kriegspolitik mitgemacht, die uns den wirtschaftlichen Zusammenbruch gebracht haben, wollen unter allen Umständen die Vorsehung erweichen, daß eine sozialistische Regierung zur Ordnung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht instande ist und sie verantwortlich machen für den Zusammenbruch des Wirtschaftslebens. Zu diesem Zweck hat in der letzten Zeit unter voller Ausnutzung aller durch das kapitalistische Pressewesen gegebenen Möglichkeiten ein müßiger Pressefeldzug eingeleitet, der sich gegen die wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiterklasse richtet, im besonderen aber eine ungeheure Dege gegen die Arbeitslosen entfaltet hat.

An der Landwirtschaft werden zur ordnungsmäßigen Bestellung der Felder etwa eine Million Arbeiter benötigt. Ebenso gebraucht der Bergbau zur Ordnung der Förderung der Kohlenherzeugung einige Hunderttausend. Während also in diesen beiden Produktionszweigen der Bedarf an Arbeitskräften sehr groß ist, wächst die Zahl der Arbeitslosen, ohne daß es bisher gelungen ist, die nötigen Arbeitskräfte in die Landwirtschaft oder den Bergbau zu bringen.

Deshalb beschimpft die bürgerliche Presse die Arbeitslosen hauptsächlich als „Arbeitsflüchtler“, die sich, anverletzt und beschämt durch die Gewährleistung der Arbeitslosenunterstützung, der Arbeitslosigkeit entziehen wollen. Sie fordert deshalb nicht nur Verabreichung der arbeitslosen hohen Arbeitslosenunterstützung, sondern völligen Entzug der Unterstützung in allen Fällen, in denen nachweisbare Arbeit nicht angenommen wird. Der Sozialismus erkennt die Arbeitslosigkeit aller Menschen an, macht sie sogar zur Voraussetzung seiner Arbeit. Aber bei den Arbeitslosen, die sich jetzt in den großen Städten aufhäufeln, handelt es sich um allerersten Schritt nicht um Arbeitsflüchtler, die sich ihrer Pflicht zur Arbeit entziehen wollen. Der Krieg und der wirtschaftliche Zusammenbruch sind seine Kräfte, haben eine Verschlebung des Arbeitsanforderung hervorgerufen, die sich auch durch den besten Arbeitsnachweis nicht in kurzer Zeit beseitigen läßt.

Die Industrie in den großen Industriezentren, die vor dem Kriege Hunderttausende von Arbeitern beschäftigte, liegt jetzt still, da für gebraucht die Landwirtschaft, die früher mit den landwirtschaftlichen

Handwerker aus Osteuropa arbeitete, viele Arbeiterkräfte. In diese qualifizierten Arbeiter werden nichtqualifizierte gebraucht. Die Massen der in den Industriezentren wohnenden Arbeiter sind deshalb aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen an den Ort ihrer Niederlassung gebunden. Wer wird für ihre Familie sorgen, wenn sie selbst zu dem jetzt löblichen Wenden in der Landwirtschaft Beschäftigung nehmen? Sie haben dann wohl Unterhalt für sich selbst, nicht aber für ihre Familien, die bei dem immer weiter steigenden Preisen für alle Lebensbedürfnisse der Not und dem Elend preisgegeben sind. Aufgehoben an Unterernährung leidende Arbeiter, denen es an festem Gehalts und weiterer Arbeit fehlt, sind auch nicht imstande, die schwere Landarbeit ohne gesundheitliche Schädigung zu leisten. Nichts ist es mit der Zuzahlung von Arbeitern zum Verdienst. Hier können überhaupt nur qualifizierte Arbeiter gebraucht werden. Es ist nicht Arbeit, was viele Arbeiterlose an den Ort ihres Aufenthalts bindet, sondern die Bindung durch wirtschaftliche Umstände sowie die Tatsache, daß die Aufnahme der Arbeit auf dem Lande und im Bergbau sie in schwere Schicksale bringt.

Anstatt nun die Ursachen dieses Verfalls der Arbeiter in den Großstädten und die Nichtabwanderung aus dem Land und in den Bergbau zu beseitigen, will man auch in dieser Frage den brutalen Zwang anwenden. Angereizt durch die aufspießische bürgerliche Presse und durch die reaktionären Gewalten, die jetzt allüberall ihren Haupterhebungsplan in die Regierung „radikale Maßnahmen“ gegen die Arbeiterlosen, wie die alljährigen politischen Demonstrationen nachziehen. Neben der Entzug der Arbeitslosenunterstützung bei Nichtannahme von nachgewiesener Arbeit hinausgehend, will man für gewisse Gruppen von Arbeitern den Arbeitszwang einführen und sie ferner mit Entziehung der Lebensmittelkarten bestrafen, falls sie die Arbeit nicht annehmen. Wie unabweislich diese Maßnahmen in der gegenwärtigen Zeit ist, wo die Lebensmittelkarten für den arbeitenden Menschen den Schutz vor dem Hungertode bedeuten, erhellt die Tatsache, daß sich gegen diesen Vorschlag selbst in den Kreisen der Regierung Bedenken geltend machen.

Die Notwendigkeit der Regelung der landwirtschaftlichen Produktion und der Erzeugung von Rohstoffen wird von den Arbeitern anerkannt. Sie unterstützen deshalb alle Bestrebungen, die bei Wahrung ihrer Interessen diesem Zwecke dienen. Aber die Arbeiterinteressen sind gegenwärtig bedroht, wo die Höhe des Wertes der Lebensmittelkarten für die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit ist, wo die Lebensmittelkarten für den arbeitenden Menschen den Schutz vor dem Hungertode bedeuten, erhellt die Tatsache, daß sich gegen diesen Vorschlag selbst in den Kreisen der Regierung Bedenken geltend machen.

So ist es denn nicht verwunderlich, daß der Entwurf der Verordnung über den Arbeitszwang in der Landwirtschaft, den das Demokratische Komitee an dem Lande in der Landwirtschaft festsetzt, ohne den Versuch gemacht zu haben, durch entsprechende Gestaltung der landlichen Arbeitsverhältnisse die freiwillige Abwanderung aus dem Land zu fördern. Der Entwurf sieht keine Regelung vor für den Fall, daß verheiratete Arbeiter sich von ihren Familien trennen und doppelten Haushalt führen müssen, was sogar während des Krieges der Fall war. Er regelt weder die Frage der Unterhalt der Arbeiter, noch die über Entlohnung. Er will sogar die Entscheidung über die Annahme der Arbeit einer Kommission übertragen, in der der Gewerkschaftsvertreter nicht in der Minorität ist. Gewalt ist auch auf diesem Gebiet die Lösung. Wer die Arbeit nicht annimmt, die ihm zugewiesen wird, soll nicht nur mit Entziehung der Arbeitslosenunterstützung bestraft werden, sondern auch mit Entziehung der Lebensmittelkarten! Der Arbeiter soll hungern, bis er mehr wird und sich als willenloses Werkzeug der Agrierer gebrauchen läßt.

Die Arbeiterlosen wollen arbeiten, aber sie wollen nicht ausbeutet werden und nicht die Ernüchterungen ihrer langjährigen Gewerkschaftsarbeit preisgeben. Das liegt auch durchaus im Interesse der Allgemeinheit. Die Landwirtschaft braucht jede andere Berufsarbeit geeignete Arbeiterkräfte. Diese kann sie nicht durch den Arbeitszwang erhalten, der allenfalls Arbeiterkräfte aus dem Land schaffen kann, womit aber nicht gesagt ist, daß dadurch auch die Produktion gehoben wird.

Der Vorschlag der Entziehung der Lebensmittelkarten ist ungewislich. Er trifft nur die Arbeiterlosen, die heillos sind, während die Besitzenden sich durch den Geschäftshandel ausbeutend verhalten würden. Damit ist das Wesen dieses Vorschlages genugsam gekennzeichnet. Der Vorschlag bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der Allgemeinheit. Die dauernde Unterernährung hat die Leistungsfähigkeit der Arbeiter gewaltig vermindert. Nach dem Urteil der ärztlichen Autoritäten steht jedes weitere Sinken der Ernährung die allerschwersten Gefahren nach sich. Da die Deutung der Arbeitskraft des Volkes im Interesse der Allgemeinheit liegt, und die Entziehung der ohnedies ungenügenden Ernährung eine Verminderung bedeutet, so ist auch vom Standpunkt der Allgemeinheit gegen die geplante Maßnahme das allerdringlichste Bedenken zu erheben.

Die Entziehung der Lebensmittelkarten ist deshalb ein völlig unangelegenes Mittel, die Erzeugung zu heben, sie vermehrt nur die Schwierigkeiten, in denen sich das deutsche Wirtschaftsgeschehen befindet. Man hat nicht einmal daran gedacht, daß die Entziehung der Lebensmittelkarten A. bei Verheirateten bedeutet, daß deren Angehörigen eine noch geringere Menge von Lebensmitteln zur Verfügung stehen würde als jetzt. Wer aber kann es verantworten, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen eine neue, schwere gesundheitliche Schädigung der Frauen und Kinder eintritt? Wiegt das etwa im Allgemeininteresse?

Nein, ein Interesse an dem Arbeitszwang und dem Schwimmen der Hungerpelde haben nur die Reaktionen, die schuldlos auf den Augenblick warten, wo ihnen die hungernden Arbeiterlosen durch Raub und Plünderung Gelegenheit zum gewalttätigen Einmarsch geben würden. Das Ziel dieser Leute formuliert vor einigen Tagen eine der berüchtigten Vorzugsaktionen Berlins: „Die einzelne Aktion liegt nur in der Lösung: Zur Wehr und Waffen die Eisen — zur Arbeit die Arbeiter. Deutschland braucht wohl das Blut nicht angeschlossen zu werden.“

Intelligenzstreik in Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Februar. In einem in der Presse veröffentlichten Schreiben an den Vollzugsausschuss des Arbeiterrats fordern der Vollzugsrat der Beamten- und Arbeiterausschüsse der öffentlichen Behörden in Düsseldorf, ferner die Stabschefs der Beamten, Apotheker, Ärzte, Ingenieure und Baubeamten sowie die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine, die Vereinigten Handwerkervereine, der Verein deutscher Diplomingenieure, das Komitee der christlichen Gewerkschaften und der Anwaltverein in Düsseldorf:

1. Absolute Presse- und Versammlungsfreiheit;
2. Gewährleistung der freien ungehinderten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März;
3. Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl unter allen Umständen;
4. Bildung eines ehrenamtlichen Volkstages, der bis zum Zusammentritt der neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung der Verwaltung zur Seite gestellt wird und sich zu einem Drittel aus dem jetzigen Arbeiterrat und aus den Kreisen der bezeichneten Organisationen der Mehrheitsparteien zusammensetzt, dessen Aufgabe es sein soll, der drohenden Finanznot zu steuern und das drohende Ernährungsbedenken abzuwehren, insbesondere die schleunigsten Maßnahmen zu ergreifen, um von Tag zu Tag steigende Arbeitslosigkeit der Erwerblosen infolge der Unterernährung entgegenzuwirken sowie Mittel und Wege zu finden, um der schon vorhandenen, immer drohender anwachsenden Arbeitslosigkeit zu steuern;
5. Die Verpflichtung des Vollzugsausschusses des Arbeiterrats, keine ungesetzlichen Eingriffe in die persönliche Freiheit und in das Eigentum der Bürger oder öffentlichen und privaten Arbeitsstätten vorzunehmen.

Sollte bis heute nachmittags 3 Uhr eine befriedigende Antwort auf dieses Ultimatum nicht erfolgen, so werden die durch die genannten Organisationen vertretenen Vereine in den Generalstreik eintreten. Das gleiche wird sofort geschehen, falls gegen-irgendeine Person, die mit den Organisationen in Verbindung steht, oder gegen ein öffentliches oder privates Handelsinstitut ein Gewaltakt unternommen oder Bürger als Geiseln verhaftet werden.

einem weiteren Aufruf an die Bürgerschaft teilen die Stadtverordneten von Düsseldorf mit, daß sie vorläufig nicht in der Lage sind, ihre Tätigkeit in den Ausschüssen der Stadtverordneten fortzusetzen, doch da es keine für die Gemeinde verbindlichen Beschlüsse und Kommanden mehr zustande kommen können und keine Forderungen aus öffentlichen Mitteln angewiesen oder geleistet werden dürfen.

Urteile im Spartakusprozeß.

Berlin, 3. Februar. (W. T. V.) Der Student der Rechte und Nationalökonomie Hermann Appelt, der zur Spartakusbesetzung des Hauses Wesse gehörte, wurde von der Strafkammer unter Anrechnung von 8 Wochen Untersuchungshaft zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Felger Friedrich Böttger, der gleichfalls zu dieser Besetzung gehörte und den Verkehr mit dem Vorkriegs- und Kriegsgeheimen vermittelt hatte, erhielt 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft. Die Brüder Felix und Alfred Fried, die beide russische Staatsangehörige sind und sich in der Spartakuswoche in die „Eichhörnchen“ im Polizeipräsidium aufnehmen ließen, bekamen 3 Monate und 6 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 2 Wochen Untersuchungshaft.

Nach allem Muster. Erst bewilligen, dann reden!

Berlin, 5. Februar. Aus Weimar meldet der Vorwärts: Den Präsidenten hat nach parlamentarischer Brauch die Sozialdemokratie zu stellen. Die bringendsten und unauflösbarsten Vorlagen sind ein Finanzgesetz für die Regierung, das ihr einen vorläufigen Kredit einräumt und für die seit dem 1. November erforderlich gewordenen notwendigen Ausgaben Indemittel erteilt; sodann die Notverfassung, deren Beratung Seibemann mit einem politischen Erweise einleitet, während Preuß den Entwurf selbst bearbeitet. In der Fraktion tritt die Auffassung ein, daß es nicht wünschenswert sei, in eine so wichtige politische Debatte einzutreten, sondern daß zuerst so schnell wie möglich der Kredit und die Verfassung geschaffen werden müssen. (1)

Ausfahrungen in Magdeburg.

Magdeburg, 4. Februar. In der vergangenen Nacht beging eine etwa 80 Mann zählende bewaffnete Meute in Soldatenuniform schwere Ausfahrungen. Die Männer besetzten durch eine Anzahl von Handgranatenangriffen im Fußgänger 100 Gefangene, raubten das Gebäude aus, plünderten auf dem Breiten Weg zahllose Wägen und Klagen die Schaufenster ein. Die Häuser waren mit geschlossener Munition versehen und gaben zahlreiche Schußwunden ab, doch scheint niemand verletzt worden zu sein.

Die Streikbewegung.

Beuthen, 4. Februar. Eine weitere Verringerung in der Streikfrage ist heute eingetreten. Unabhängig sind noch drei Städte, ferner die Wilschschächte und die Heinrich-Brunde-Grube mit 40 Prozent der Belegschaft.

Dortmund, 4. Februar. Das Personal der Dortmund-der Straßenbahn befindet sich im Ausstand. Der Verkehr ruht seit heute morgen.

Der soziale Kampf. Ein Gewerkschaftsvorstand gegen die wilden Streiks.

London, 4. Februar. (Wester.) Der Vollzugsausschuss der Syndikatisierten Maschinen beschränkte sich gestern mit der Lage, wie sie durch verschiedene wilde Ausstände im Zusammenhang mit den durch die Einführung der 47stündigen Arbeitswoche hervorgerufenen Streikaktionen entstanden ist. Der Ausschuss gab keine Entscheidung bekannt, welche alle wilden Ausstände mißbilligt und sämtliche Mitglieder auffordert, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, um so die verantwortlichen Gewerkschaftskommissionen in den Stand zu setzen, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlungen einzutreten, damit alle Streikparteien beilegt werden. Der Ausschuss erklärte ferner, während des Krieges sei es aus verschiedenen Gründen notwendig gewesen, mit den für ein solches wildes Vorgehen Verantwortlichen milde zu verfahren. Jetzt aber müsse im Interesse der Gewerkschaftsbewegung ein fester Standpunkt eingenommen werden und darum fordere der Ausschuss alle seine Mitglieder im Gebiet von London auf, die Entschließung der wilden Streikaktionen inoffiziellen Versammlung zugunsten eines Streiks unbedenkt zu lassen.

Streik der Londoner Elektrikalarbeiter.

London, 4. Februar. (Wester.) Aus der in London abgehaltenen Versammlung der Gewerkschaft der Elektrikalarbeiter wurde beschlossen, am Donnerstag die Arbeit niederzusetzen, wenn nicht die 40stündige Arbeitswoche gesetzlich eingeführt wird.

Aussperrung von Textilarbeitern in Nordamerika.

Albany, 4. Februar. (Wester.) Am State New York sind ungefähr 8000 Textilarbeiter ohne Beschäftigung. Auf angelegenen Veranlassungen wird den Arbeitern mitgeteilt, daß die Betriebsanlagen wegen fehlender Aufträge und mangelnder Arbeit geschlossen seien. Die Arbeiterführer erklären jedoch, die Betriebsstilllegung sei in Wirklichkeit eine Aussperrung, weil die Arbeiter die 48stündige Arbeitswoche verlangen.

„Grenzschuß Ost.“

Folgender unerschütterlicher Vorfall wird uns aus Großschmelde: Den vom Militär Entlassenen wurde gestern von dem Beamten, der die Gewerkschaftsorganisation verwaltet, nahegelegt, sich für das Ostsee anzuwenden zu lassen. Während im Bereich des 19. Armeekorps die Streikburden für diese gegenrevolutionäre Truppe geschlossen sind, macht dieser Beamte Propaganda dafür und fordert Arbeitslose auf, sich als Kanonensputzer im Osten mitzubringen zu lassen. Arbeitslosen Frauen wurde angeboten, Socken für das Ostsee zu stricken. Die Bevölkerung hat weder Strümpfe noch Garn. Zu Strümpfen werden aber stehen ganze Rollen Garn zur Verfügung. Dies Garn muß zugunsten der armen Bevölkerung beschlagnahmt werden.

Deutschland.

Eine Postpost von Berlin nach Weimar.

Berlin, 4. Februar. Die Reichspostverwaltung hat versucht, die Möglichkeit zu schaffen, während der Tagung der Nationalversammlung zwischen Berlin und Weimar gewöhnliche Briefe und Zeitungen durch Flugpost zu befördern. Der Flugpostverkehr erfolgt täglich zweimal von Berlin nach Weimar.

Die Landtagswahl in der Pfalz.

Pfalzgrafen, 4. Februar. In der Pfalz sind nunmehr sämtliche 808 Wahlbezirke für die bevorstehende Landtagswahl angesetzt. Danach sind abgerechnet für die Bayerische Volkspartei 119 757 Stimmen, die Deutsche Volkspartei der Pfalz 77 917 Stimmen, Deutsche Demokratische Partei der Pfalz 53 568, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 74 538, Sozialdemokratische Partei 157 078 Stimmen. Am meisten wurden 419 079 Stimmen abgerechnet, es entfallen auf die Bayerische Volkspartei 7 und 1, Deutsche Volkspartei der Pfalz 4, Deutsche Demokratische Partei der Pfalz 2 und Sozialdemokratische Partei 8 und 1 Abgeordneter.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vertrag zwischen Polen und Litauen. Zwischen Polen und Litauen ist ein vorläufiger Vertrag, der sich auf das Verhältnis zum Gebiete bezieht, geschlossen worden. Er bestimmt die Grenzen der Gebiete, die jedes Land besetzen wird. Die Kontrollkommission wird ihren Sitz in Liden nehmen, um Streitigkeiten zwischen Polen und Litauen zu verhandeln. Sie wird die Unterfindung vorbereiten, welche nach der Ausrückung erfolgen soll, um die endgültigen Grenzen der kritischen Zone festzusetzen. Die Litauer werden die Versorgung der Polen mit Waffen und Munition erleichtern und die polnischen Gefangenen in Freiheit lassen.

Der Royalistenputsch in Portugal. Die Royalisten haben sich auf Estoril zurüch in der Nähe von Lissabon versammelt. Die Niederlagen der Royalisten bei Viana und Aveiro waren äußerst schwer. Die Berichte über die Lage in Oporto widersprechen sich. Einige sagen, alles sei ruhig, andere, es herrsche der Terror und Goncalves sei darauf vorbereitet, jeden Augenblick nach Spanien zu fliehen.

Das britische Unterhaus nahm am Dienstag seine Sitzungen wieder auf.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Buchbinder.

Den Bericht über die Verhandlungen über Erhöhung der Lohnbedingungen und zeitweilige Erhöhung der Tariflöhne entgegenzunehmen, sollten die Berliner Buchbinder und Buchbinderarbeiten den großen Saal des Albertgartens. Kollege Gese als Vertreter machte erst Mitteilung von einer den Verhandlungen vorangegangenen Sitzung der dazu entsandten Arbeitervertreter, die sich einmütig mit der Aktion gegen die Gewerkschaftsbeamten und der in der Versammlung vom 27. Januar angenommenen Resolution beschäftigte. Über die Verhandlung selbst konnte der Vertreter zu keinem größeren Reden nur ein völlig ergebnisloses Resultat vermelden. In erster Linie wurde die Besetzung der Frau Eitel besonders die herabwürdigende Art, mit denen die Forderungen der Arbeiterinnen von den Unternehmern und deren Helfern beharrlich wurden. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: Die heute, den 31. Januar 19, im Albertgarten stattfindende, von circa 8000 Personen besuchte Versammlung der Buchbinder und Buchbinderarbeiten kommt zu folgender Entschliessung: Mit großer Entschiedenheit nehmen die Versammelten an, daß die Buchbinderarbeiten in Deutschland die Forderungen der Arbeiterinnen nicht erfüllen. Der Welt der neuen Zeit, sowie die Art der im Bereiche dieser Arbeiter haben nicht nur die Unternehmern, sondern auch die Arbeiter selbst zu bringen. Sie fühlen sich wieder als Herren der Situation. Demgegenüber erklärt die Versammlung, daß sie nicht bereit ist, sich zur Entschliessung des Reichsarbeitsamtes zu verstehen, was eine Verletzung ihrer herkömmlichen Rechte darstellt. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die am 9. und 10. Juli 1918 vereinbarten Lohnbedingungen in der Weise von den Unternehmern schon jetzt zu verwirklichen, wie dies schon von den Buchbinderarbeiten am 20. Januar 1918 beschlossen wurde. Die Arbeit dieser verbundenen Arbeiterinnen wird sich weiterhin verhalten, wie es die Interessen der Arbeiterinnen und der Buchbinderarbeiten verlangen. Die Versammlung beschließt eine sofortige Demonstration unter dem Aufschrei: „Einmütig, um das Rechte haben zu können. Wir erklären unsere Entschliessung ausdrücklich nicht im Streik, sondern verpflichten uns, schon morgen früh bei Arbeitsbeginn eine Demonstration im Betrieb abzuhalten. Die Betriebsräte und Arbeitervereine werden beauftragt, sofort mit den unabhängigen Ansehern oder Betriebsräten zu verhandeln und unsere Forderungen durchzusetzen. Bei Nichtannahme der Forderungen sei in voller Mächtig zu treten. Es ist die Arbeit solange ruhen zu lassen innerhalb des Betriebes, bis das Geforderte erreicht ist.“

Die lebhafteste Diskussion brante sich in den Reihen der Arbeiterinnen und brachte das Verlangen nach Sozialisierung der Buchbinderarbeiten und nach Abschaffung der Stufenarbeit. Eine dazu einmütig beschlossene Versammlung soll sich ausschließlich mit diesen Punkten befassen.

Auch eine Preisanklage.

Die Revolution hat auf die altemehreren Verhältnisse geklopft — und die Preise wackeln. Man möchte sich einmal strecken — aber vorwärts halber erhebt man erst ein — Preis auskriechen, mit dem man beweisen will, daß die vielgeschätzte Welt immerhin einen guten Einfluß von Humor aufzuweisen hat. Es heißt in der Preisanklage: Die Vertreterversammlung des Reichsarbeitsamtes der Industriellen Verhältnisse hat beschlossen, die Deutschen Arbeiter und Sozialwissenschaftler auszuhebern, die Arbeiter auszuhebern über die Preise: Der Akademiker und der Streik. In den Urteilen soll ausdrücklich werden: Es und wie, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen rechtlichen Folgen ein Streik der höheren Beamten (Staatsbeamten, Kommunalbeamten, mittelbaren Staatsbeamten) möglich ist. Es und wie, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen ein Streik der in freien Berufen tätigen Akademiker möglich ist.

Von Nah und Fern.

Ein Hiesenschwindel.

München, 4. Februar. Der Kaufmann Hans Schulz, Sohn eines Bergwerksdirektors aus Sachsen, der im Staatsministerium des Reichs als Schreiber tätig war, hat von Handelsinteressen unter falschen Vorplänen 70 000 Mark herausgeschwindelt. Der Betrüger wurde verhaftet. Von den erwiderten Verträgen hatte er bereits den größten Teil durchgebracht.

Letzte Nachrichten.

Basel, 5. Februar. Auf der Konferenz in Bern beabsichtigt es Anstöße als einen Stein, daß Deutschland nicht assistiert habe. Er leitete die Verhandlung und die Vermittlung demonstrierte durch Erheben von den Sitzen und Brandmarkte die Wehrlosgemacht. Ein englischer Delegierter erklärte, entgegen den Ausführungen Eisers, Kautsky und der französischen Genossen, die englischen Delegierten vertreten die Meinung, die Berner Konferenz sei nicht der richtige Ort, an dem Urteil über die Schuldfrage verhandelt werden könne. Delegierter Thomas sagte, die Schuldfrage sei bereits erledigt durch die Ablegung der Schwüre. Nicht müsse man die gegenseitige Abneigung verdrängen. Der Kaiser Grumbach erklärte unter großem Beifall, daß, wenn die Kaiser Anvertrauten die Annexion des linken Rheingebiets und die Befreiung Deutschlands beabsichtigen, die Arbeiter auf das Schärfe dagegen protestieren werden.

Basel, 5. Februar. (Zit.) Olschaw wurde von 10 000 Soldaten besetzt. 120 000 Arbeiter haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Alle Hauptpunkte der Stadt stehen unter militärischer Besatzung.

Hamburg, 5. Februar. (Zit.) Die Hamburger Eisenarbeiter sind in einen Sympathiestreik für die Reichsregierung eingetreten. Trud und Berlin: Leipziger Buchbinderzeitung eingetreten. Diese Nummer umfaßt 6 Seiten.

Wegen Papiermangels mußten mehrere Seiten Interale zurückgestellt werden. Leipziger Volkszeitung (Anzeigenteilung).

Umtliche Bekanntmachungen.
Bekanntmachung.
Zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten ist nach der Schlichtungsverordnung über Tarifverträge usw. vom 28. 12. 18 für den Bezirk der Kreisbauernschaft Leipzig — ohne Amtshauptmannschaften Rochitz und Döbeln — ein Schlichtungsausschuß mit dem Sitz in Leipzig errichtet worden. Die Geschäftsräume befinden sich im Gebäude der Kreisbauernschaft Leipzig, Hofplatz 11, Erzeug. B, Erdgeschoss. Mündliche Audienz wird wochentags zwischen 11—3 Uhr erteilt.
Leipzig, den 5. Februar 1919.
Schlichtungsausschuß Leipzig.

Fleischbezugskarten für Gastwirte usw.
Die neuen Fleischbezugskarten für Gastwirte usw. — Buchstaben Z—C — sind
Montag, den 10. Februar 1919
in der Bezugskasse, Marktgrabenstraße 8, Zwickelgeschloß, unter Vorlegung des Ausweises in folgender Ordnung zu entnehmen:
vormittags 8 Uhr 1—500
9 „ 501—1000
10 „ 1001—1500
11 „ 1501—2000
12 „ 2001—2500
mittags 1 „ 2501—Schluß.
Leipzig, den 7. Februar 1919.
St. A. K.-V. Der Rat der Stadt Leipzig.

Die Bekanntmachung über den Fleischbezug
in der Woche vom 10.—16. Februar vom 1. Februar 1919 wird wie folgt geändert:
Sicher gestellt werden auf die in einem Streifen eingeleisteten Fleischmarken
a) Y1—10 = 150 Gramm Fleisch mit Knochen, außerdem 50 Gramm Zerolawurst und 50 Gramm Einheitswurst für Erwachsene;
b) Y1—3 = 125 Gramm Fleisch mit Knochen für Kinder.
Erwachsene, die nur Fleisch anmelden, erhalten 150 Gramm Fleisch auf die Marken Y1—6.
Die Anmeldung von Zerolawurst hat auf die Marken Y7 und 8, von Einheitswurst auf die Marken Y9 und 10 zu erfolgen. Einzelne Fleischmarken 1—6 werden mit 25 Gramm Fleisch bewertet.
Die Fleischer haben bei der Ablieferung der entsprechenden Fleischmarken an die Bezugskasse die Fleischmarken 1—6 für Fleisch, 7 und 8 für Zerolawurst und 9 und 10 für Einheitswurst getrennt zu berechnen.
Der Preis der Zerolawurst beträgt 5.50 Mk. für das Pfund oder 55 Pfg. für 50 Gramm.
Leipzig, am 4. Februar 1919. Kr.-M.-A. III.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Kartoffelabgabe.
Für die beiden Versorgungswochen vom 11.—24. Februar 1919 gelangen auf die Kartoffelmarken U 88/U 88 und U 84/U 84 je fünf Pfund Kartoffeln auf einmal zur Ausgabe.
Verbraucher: Anmeldung beim Kleinbändler unter Abgabe der Kartoffelmarken U 88/U 88 und U 84/U 84, die ungetrennt in einem Streifen abzuliefern sind, bis Sonnabend, den 8. Februar.
Kleinbändler: Abgabe der eingekommenen Kartoffelmarken bei der Bezugskasse, Marktgrabenstraße 8, unter Einhaltung der für die Markenablieferung geltenden Vorschriften am Montag, dem 10. Februar.
Auf dem vierscheit ist die Zahl jeder Markenart gesondert anzuführen und mit je 5 Pfund zu berechnen.
Großhändler: Ablieferung der Kartoffelbezugskarten zum Eintausch gegen Bezugsscheine bei der Bezugskasse, Marktgrabenstraße 8, zu den besonders bekanntgegebenen Zeiten am Mittwoch, dem 12. Februar.
Im übrigen finden die Bekanntmachungen des Rats über die Einführung des Beschlages für den Kartoffelbezug vom 19. Oktober 1918 und über den Verkehr mit Spritzkartoffeln im Stadtbezirk Leipzig vom 14. Dezember 1918 Anwendung.
Leipzig, den 5. Februar 1919. Kr.-M.-A. IV.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Versteigerung.
Auf Anordnung des Reichsoberverwaltungsamtes, Zweigstelle Dresden, sollen auf dem Lagerplatz Leipziger-Lindenufer, Endstation P-Bahn (Zugweg links über Feld), folgende Gegenstände gegen Kaufbot veräußert werden:
6 Kisten Werkzeug (Schlosser, Schmelde), 3 Kisten Krampen, ca. 2520 Patent-Selterswasserflaschen, ca. 50 000 leere Flaschen, 5000 Weinsflaschen, 1 Wichtlungshobel, 315 Kohlenäureflaschen, 530 kleine Korbflaschen, 58 kleine Korbflaschen, 300 Zementfässer, 80 Stück Holzabgänge, 2 Kisten kurze Metallrohre, 1 Kiste Tischlerwerkzeug, 1 Kiste Holzschrauben (neu), 1 Kiste Nichteilungsdraht für Kino, 3 Sack Sammirgel, 1 Kiste Bauschloß, 90 Marmeladenelmer, 18 kleine Gurkenfässer, 250 leere Kisten, 40 rohe Fische, 10 Bänke, 4 Kessel mit Feuerung, 1 Brückenwaage, 1 Kiste Nieten (versch.), 2 Kisten Schrauben, 3 Barandbänke, 12 vierreihige Dosen, 30 Schühengrabendfen, 1 Blechtrog, 16 Faß Teer, 100 Liter Maschinenöl, ca. 5 Zentner Süßabfälle.
Versteigerung der Sachen am 7. und 8. Februar, 10—11 Uhr, auf dem Lagerplatz. Gedruckte Kaufangebote mit den bindenden Bestimmungen daselbst. Ferner werden Fahrpläne, teils neu, teils gebraucht, und Fahrpläne unter denselben Bedingungen Heerstraße 7 (Gartenerverwaltung), veräußert. Versteigerung am 7., 8. und 10. Februar daselbst.
Leipzig, den 4. Februar 1919.

Versteigerungskommission für Räumungsdgut
Geschäftszeit ununterbrochen von 8—2 Uhr
Nachmittags geschlossen.

Sanssouci.
Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr: **Donnerstag-Ball.**
Morgen Donnerstag: Großer **3 Lilien** Unterhaltungsabend m. Ball
der M.-G.-E.-K. 19. A.-K. Gäste willkommen. Tanzen frei.

Gasthof Neustadt Gr. Militär-Ball
Leipzig-Neustadt, Kirchstrasse. Tanzen frei!
Morgen Donnerstag, 6 Uhr
Morgen Donnerstag: Großer **Reichshallen** Großer Ball
Musik vom Bandoneonklub Lipsia.

Neuer Gasthof Gohlis Gr. Train-Ball
abends 8 Uhr
Musik der beliebigen Train-Kapelle.
Freitag: Tanzlohn. 7—11 Uhr. 19. A.-K.

Deutsches Haus Großer Faschings-Ball
Leipzig-Lindenufer, Markt. Tanzen frei.
verbunden mit Kappen-Abend.
Anfang 8 Uhr. Militärmusik. Tanzfrei.

Felsenkeller. Großes instr. Ballfest.
Morgen Donnerstag, 7,7 Uhr
Mittwoch, den 6. Februar
Großer Ball der 77er
Volles Orchester.
Anfang 7,7 Uhr. Tanzen frei!

Westend-Hallen ELSTERTAL, Schleussig.
Morgen Donnerstag auf beiden Sälen **GROSSER BALL.**
Mittwoch, den 6. Febr., abends 8 Uhr
I. großer Faschingsball der 77er
Kleinzschocher, Glessorstrasse 66 In Wiener Musik. Tanzen frei.

Mätzschkers Festsäle
Morgen Donnerstag
veräume niemand
den großen **Marineball**
in der Grünen Schänke.
Gasthof Neustadt.
Heute Mittwoch von 6 Uhr an: **Großer Ball.** Tanz frei!

Neuer Gasthof, Mockau Großer Ball. Tanz frei!
Morgen Donnerstag von 6 Uhr an:
Bremers Alter Gasthof, Wahren.
Genie Mittwoch, den 6. Februar 1919
2. öffentliches karnevalistisches Tanzvergnügen.
2 Ballschreier. Ununterbrochen Tanz. Streich- u. Blasmusik.
Abends 9 Uhr: Karnevalistische Polonaise im Schneekreiden.
Anfang 6 Uhr. — Wägen gratis.
Barole: Auf nach Wahren zum Betrieb.

Gasthof Probstheida.
Morgen Donnerstag
Großer Tanz- u. Unterhaltungsabend
Anfang 7,7 Uhr. Volle Militärmusik. Tanz frei.

Metallarbeiter Verband
Zur Wahlzeit
heute abends 7 Uhr
im großen Saale des Volkshauses
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Anstellung der Arbeitsnachweisbeamten. 2. Stellungnahme zur Errichtung von Schlichtungsausschüssen. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Werkzeugmacher und Einrichter.
Vertrauensleute und Ausschussmitglieder Freitag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
Tagesordnung: Der Lohn für Werkzeugmacher und Einrichter.
Automobilschlosser und Monteure
sämtl. Autobetriebe. Sonnabend, den 8. Febr., abends 8 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht Ab. d. Bohrerhandlungen. 2. Berufsantragstellungen.

Leipziger Lehrerverein.
Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr,
im Saale des Lehrervereinshauses:
Toten-Feier.
1. Unsere Toten.
2. Ewigkeitserbe der Menschheit. Herr Prof. Dr. Barth.
Unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunde des Vereins sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.
Otto Ester.

Metallarbeiter Verband
Zur Wahlzeit
heute abends 7 Uhr
im großen Saale des Volkshauses
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Anstellung der Arbeitsnachweisbeamten. 2. Stellungnahme zur Errichtung von Schlichtungsausschüssen. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.
Werkzeugmacher und Einrichter.
Vertrauensleute und Ausschussmitglieder Freitag, den 7. Februar, abends 7 Uhr, im Volkshaus.
Tagesordnung: Der Lohn für Werkzeugmacher und Einrichter.
Automobilschlosser und Monteure
sämtl. Autobetriebe. Sonnabend, den 8. Febr., abends 8 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bericht Ab. d. Bohrerhandlungen. 2. Berufsantragstellungen.

Leipziger Lehrerverein.
Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr,
im Saale des Lehrervereinshauses:
Toten-Feier.
1. Unsere Toten.
2. Ewigkeitserbe der Menschheit. Herr Prof. Dr. Barth.
Unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunde des Vereins sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.
Otto Ester.

Leipziger Lehrerverein.
Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr,
im Saale des Lehrervereinshauses:
Toten-Feier.
1. Unsere Toten.
2. Ewigkeitserbe der Menschheit. Herr Prof. Dr. Barth.
Unsere Mitglieder mit ihren Angehörigen und Freunde des Vereins sind zu dieser Feier herzlich eingeladen.
Otto Ester.

Neues Theater.
Wagnersaal. (Genert 1416)
Mittwoch, den 6. Februar 1919
24. Knecht-Hörstellung (A. Golze, Werk):
Reubel.
Das Konjert.
Aufspiel in 3 Akten von Hermann Wabr.
In Szene gesetzt von Carl Ould.
Schauspielregie: Carl Ould.
Schauspielregie.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Donnerstag, den 7. Februar: 24. Knecht-Hörstellung (A. Golze, Werk):
Reubel. Die fünf Bräutigame. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 8. Februar: 25. Knecht-Hörstellung (A. Golze, Werk):
Reubel. Anfang 7 Uhr.
Die Logenplätze sind von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Neues Operellen-Theater.
Wagnersaal. (Genert 1416)
Mittwoch, den 6. Februar: Knecht-Hörstellung (A. Golze, Werk):
Reubel. Anfang 7 Uhr.
Donnerstag, den 7. Februar: Die geführte Frau. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 8. Februar: Der Weisheitsmann. Anfang 7 Uhr.
Die Logenplätze sind von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Altes Theater.
Wagnersaal. (Genert 1416)
Mittwoch, den 6. Februar 1919
3 Uhr: Die kleinen Breiten:
Hühnerbrüder oder: Der gläserne Pantoffel.
Knecht-Hörstellung mit Anfang in 6 Akten, nach dem gleichnamigen Märchen bearbeitet von C. R. Körner. — Musik von Siegmund.
Anfang 3 Uhr. Ende nach 5 Uhr.
7 Uhr:
Was dem, der liegt.
Aufspiel in 5 Akten von Franz Grillparzer.
Schauspielregie: Hermann Kubold.
Schauspielregie.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.
Donnerstag, den 7. Februar: König Nicolo ober: Er ist das Leben.
Freitag, den 8. Februar: König Nicolo ober: Er ist das Leben.
Anfang 7 Uhr.
Die Logenplätze sind von 10 bis 2 Uhr geöffnet.

Leipziger Schauspielhaus.
Wagnersaal. (Genert 1416)
Mittwoch, den 6. Februar 1919
Auf das Licht schneit in der Finsternis.
Drama in 5 Akten von Leo Tolstoj.
Eingig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
In Szene gesetzt von Fritz Wiedner.
Der Vortrag wird vor Schluss des Stückes nicht gestattet.
Nach Beginn der Vorstellung kein Eintritt!
Schauspielregie.
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
Donnerstag, den 7. Februar, nach 8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsamt: Das spätere Schicksal (sein Fortsetzung). Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Freitag, den 8. Februar, nach 8 Uhr: Vorstellung für das Leipziger Arbeiterbildungsamt: Das spätere Schicksal (sein Fortsetzung). Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Battenberg Theater
Konte Mittwoch, abends 7,8 Uhr
„Der Hoteldieb.“
Schwank in 3 Akten von Heinrich Stobitzer.
Morgen und folgende Tage: „Der Hoteldieb.“
Mittwochs und Sonntags, nachm. 7,4 Uhr: „Zigeunerfriedel.“
Leipzig.
Zusammenkunft jeden Donnerstag, abends 7,8 Uhr,
im Augusto-Schmidt-Haus, Dresdener Straße
Vorträge im Februar:
6. Das kommunistische Manifest als Wegweiser durch die Revolution.
15. Historische Vergleiche zwischen 1789, 1848 und 1918.
20. Sozialistische Erziehungsfragen.
27. Revolutionäre Politik.
Alle Genossen und Genossinnen, denen die Vertiefung ihrer sozialistischen Weltanschauung Bedürfnis ist, und die ernstlich am Aufbau ihrer Persönlichkeit arbeiten wollen, sind zu tätiger Teilnahme herzlich eingeladen. Insbesondere alle ehemalige „Jugend“-Zuschriten an P. Wöckner, Neust. Konradstr. 27.
Donnerstag, den 6. Februar,
abends 7,8 Uhr:
Hünichen. Einwohner-Versammlung
im Heimischen Gasthof.
L.-O.: Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen.
Redner: Genosse Wuttke-Leipzig. — Freie Aussprache.
Sachverständigen-Beratung. — Unabh. Soziald. Partei.
Leipziger Bücher-Ramsch-Halle
Burgstr. 22/24, gegenüb. d. Thüringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- u. Jugendschriften.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern ausser Zeitschriften und Schulbüchern.

Wintergemüse.
Weißkraut 3fr. 15.00
Rote Möhren 15.00
Gelbe Möhren 12.00
Gem. Möhren 10.00
Futtermöhren 8.00
Runkelrüben 7.50
Rüben zum Sastochen 10.00
Rote Rüben 12.00—15.00
Kohlrüben, gelbe 10.00
Kohlrabi, blauer 15.00
Kohlrabi.
Paul Hachenberger
Dresdner Freilade-Bahnhof, Ledestrasse 4, am Battenberg
2. Eingang: Ende Tannebaer und Wismanstr. Tel. 416.

Familien-Nachrichten
Dem bis zur Einziehung zum Militär langjährigen
1. Vorfahren, Kampferproben und treuen Genossen
Gustav Friedrich u. Frau
die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit.
Ortsverein Holzhausen-Zuckelhausen. U.S.P.

Walter Greulich
durch ein Verleiden, das er sich im Felde zugezogen hat,
aus unsern Reihen durch den Tod entfallen worden
ist. Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Turnverein Vorwärts und Fußball-
Abteilung Knautzleeberg.
Das Begräbnis findet Freitag, den 7. Februar,
vormittags 11 1/2 Uhr, statt.
Treffpunkt der Turner vormittags 9 Uhr im
Friedhof, Knautzleeberg.

Walter Greulich
durch ein Verleiden, das er sich im Felde zugezogen hat,
aus unsern Reihen durch den Tod entfallen worden
ist. Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Turnverein Vorwärts und Fußball-
Abteilung Knautzleeberg.
Das Begräbnis findet Freitag, den 7. Februar,
vormittags 11 1/2 Uhr, statt.
Treffpunkt der Turner vormittags 9 Uhr im
Friedhof, Knautzleeberg.

Walter Greulich
durch ein Verleiden, das er sich im Felde zugezogen hat,
aus unsern Reihen durch den Tod entfallen worden
ist. Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Turnverein Vorwärts und Fußball-
Abteilung Knautzleeberg.
Das Begräbnis findet Freitag, den 7. Februar,
vormittags 11 1/2 Uhr, statt.
Treffpunkt der Turner vormittags 9 Uhr im
Friedhof, Knautzleeberg.

Walter Greulich
durch ein Verleiden, das er sich im Felde zugezogen hat,
aus unsern Reihen durch den Tod entfallen worden
ist. Wir werden seiner in Ehren gedenken.
Turnverein Vorwärts und Fußball-
Abteilung Knautzleeberg.
Das Begräbnis findet Freitag, den 7. Februar,
vormittags 11 1/2 Uhr, statt.
Treffpunkt der Turner vormittags 9 Uhr im
Friedhof, Knautzleeberg.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Sitzung der Parteileitung

Freitag, den 7. Februar, abends 6 Uhr, Parkstrasse 2, Ausgang vom Hof.

Lohnberg, Donnerstag, 6. Februar, abends 7 Uhr, Funktioniärsitzung bei Kreffe.

Arbeitslosendemonstration.

Heute vormittag wurde die von den Arbeitslosen gewählte Kommission beim Oberbürgermeister vorstellig, um mit ihm über die aufgestellten Forderungen der Arbeitslosen zu verhandeln.

Noch einige Helfer des bedrängten Unternehmers.

(Aus den Akten der Kriegsamtsstelle in Leipzig.)

Am 10. April 1917 veranstalteten die streikenden Arbeiter Leipzigs eine Kundendemonstration im Bräuerkergarten in Südlich.

Der Webermann Karl Sängler, Angehörter des Transportarbeiterverbandes, stieg an das Telefon und berief die Kriegsamtsstelle, die den Bericht Sänglers sofort an das Kriegsministerium weitergab.

An Kriegsministerium, Abteilung VI

Dresden.

Bericht über Arbeitsstellen vom 16. April.

Geschäftsleiter des Transportarbeiterverbandes, Sängler, Laub, welcher an der Versammlung in Südlich teilgenommen hat, teilt telefonisch mit, daß nach seiner Ansicht Arbeiter voraussichtlich wieder arbeiten werden.

Auch später wachte sich Herr Sängler bei einem Streik in Chemnitz noch sehr nützlich zu machen, wie folgendes Blatt aus dem Akten beweist:

Datum: 17. Juni 1918. Tageszeit: 9,15 und 9,30 Uhr. Uebermittlung: Telefonisch. Von wem: Sängler vom Transportarbeiterverband. 820 R. A. Geh. Leipzig Nr. 3428.

Sängler wach noch nichts von dem Streik. Er wird mit dem nächsten Zug nach Chemnitz fahren (Abfahrt 11,20 Uhr, Ankunft 2,00 Uhr) und die streikenden Straßenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlassen.

Als weiterer Beweis für das hiesige Zusammenarbeiten des Herrn Sängler mit der Kriegsamtsstelle diene folgendes Aktenstück:

1. Telefongespräch mit Sängler am 16. 6. 18, 9,15 Uhr vorm. R.: In Chemnitz streiken die Straßenbahner. Ist Ihnen etwas davon bekannt? Wissen Sie die näheren Gründe, die zum Streik geführt haben?

S.: Mir ist noch nichts bekannt. Ich werde mich aber sofort einmal zu unterrichten suchen.

R.: Es sollen ungefähr 800 Personen, meist Frauen, streiken. Es soll sich um Einführung eines neuen Dienstplans handeln.

S.: Wegen des Dienstplans haben wir früher schon einmal gelegentlich zusammen gesprochen.

R.: Es muß alles versucht werden, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sobald dies gelungen ist, ist die Kriegsamtsstelle bereit zu vermitteln.

S.: Ich werde selbst persönlich nach Chemnitz fahren und mich vorher mit meinem Vertrauensmann der Transportarbeiter in Chemnitz, der im Konsumverein beschäftigt ist, in Verbindung setzen.

R.: Wenn Sie nach Chemnitz fahren, teilen Sie den Erfolg Ihrer Bemühungen so bald als möglich der Kriegsamtsstelle telegraphisch mit, ebenso der Straßenbahndirektion.

S.: Ich werde mein Möglichstes tun, die Sache beizulegen.

2. Telefongespräch mit Sängler am 17. 6. 18, 9,30 Uhr vorm. Haben Sie sich mit Ihrem Vertrauensmann schon in Verbindung gesetzt? Sobald Sie etwas von ihm erfahren, teilen Sie es doch hierher noch telefonisch mit, da der nächste Zug erst 11,20 Uhr nach Chemnitz geht.

S.: Ich habe die Verbindung bereits angemeldet, aber sie noch nicht erhalten. Sobald ich etwas Näheres erfahre, werde ich die Kriegsamtsstelle benachrichtigen. Ob ich in Chemnitz Erfolg haben werde, weiß ich noch nicht, da von den Straßenbahnern nur ein geringer Teil organisiert ist. Da ich erst Nachmittag nach Chemnitz

komme, werde ich möglicherweise erst heute abend oder morgen früh der Kriegsamtsstelle Mitteilung zugehen lassen können.

R.: Der Kriegsamtsstelle ist selbstverständlich an Erfolgsnäherkeit so bald als möglich gelegen, event. telefonieren Sie mich in meiner Privatwohnung an. (Nr. 51 051.)

S.: Ich werde alles versuchen, damit die Arbeit baldmöglichst wieder aufgenommen wird.

Noch diesen Aktenstücken wird es auch verständlich, warum Karl Sängler immer so wütend über die „Falschbrüder in der Tauchaer Straße“ schimpfte.

Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes mahnt auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle zur Ruhe.

Durch Fernsprecher, Geheim.

An Kriegsministerium

Abteilung VI

Dresden.

Bericht über Arbeitsstellen vom 19. April.

Bauarbeiterverband teilt mit, daß heute nur zwölf Leute sich arbeitslos gemeldet haben. Nach Aussprache auf dem Rathause sei Ernährungsförderung als zweites fallengelassen und beschlossen worden, an Arbeitgeber eine Eingabe wegen Lohnherabsetzung zu machen.

Eine nette Sorte von Arbeitervertretern, die auf Veranlassung der Kriegsamtsstelle ihren Einfluß unter den Arbeitern dazu mißbraucht, zur „Ruhe“ zu mahnen, d. h. die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Zur Wiedereinstellung der Angestellten.

Nach der Verordnung der Reichsregierung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten vom 24. Januar 1919 sind die Unternehmer verpflichtet, die Kriegsteilnehmer, die bei Ausbruch des Krieges als Angestellte bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzustellen.

Die neuen Unterstufungsätze für Arbeitslose.

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der Verordnung des Reichsbremobilmachungsamtes vom 15. Januar 1919 hat der Rat die Unterstufungsätze für Arbeitslose neu geregelt. Sie betragen täglich für

Table with 3 columns: Age group, Men, Women. Rows: über 21 Jahre, 16-21 Jahre, 14-16 Jahre.

Hat der Arbeitslose Familie angehörende, zu deren Unterhalt er gesetzlich verpflichtet ist und die keine selbständige Unterstufung als Arbeitslose beziehen, so erhält er außer seiner Unterstufung für die Ehefrau einen täglichen Zuschlag von 1,50 M., für jeden andern dieser Familienangehörigen einen täglichen Zuschlag von 1.- M.

Die ungerechte Verteilung des Zeitungspapiers

unter der Regierung Ebert-Scheidemann hat zur Folge, daß unsere Zeitung heute nur sechs Seiten stark erscheinen kann. So werden wir täglich in der schwersten Weise wirtschaftlich geschädigt, während die bürgerlichen Blätter bevorzugt werden.

Berufsgenossenschaften und Kriegsanleihe.

Zu dem Kapitel, wie die Kriegsanleihen zustande kamen, gibt der Geschäftsbericht der deutschen Buchdrucker-Verufsgenossenschaft für das Jahr 1917 einen drastischen Beweis. Die Berufsgenossenschaft hat für 2700 000 M. Kriegsanleihe geschuldet und dafür 2601 000 M. festgelegt.

Die Grippeerkrankungen. Vom Rat wird uns geschrieben. Nachdem im Dezember 1918 die Meldungen über Grippeerkrankungen bei der Dispositionskasse auf 40-60 Fälle heruntergegangen waren, ist in den letzten Tagen des Januar 1919 wieder eine Steigerung dieser Meldungen zu verzeichnen gewesen.

Für heimliche sächsische Truppen. Dem Garnisonkommando, Abt. Demobilisation, ist auf Anfrage beim R. O. R. mitgeteilt worden, daß das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 107 voraussichtlich in acht Tagen die sächsische Grenze überschreiten wird.

Die Nachrichtenstelle für Verluste im Felde, Kunststoffe vom Roten Kreuz, Leipzig, Mohlpf 11, wird bis auf weiteres nur noch Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabends von 9 bis 11 Uhr geöffnet sein.

Kuchen- und Fleischverkauf. 5. Februar: Rostschlächter Josefson, L. Hauptstr. 8-1 Uhr. Nr. 801-800. Josefson, Rindberger Straße, 8-1 Uhr. Nr. 8701-4000, 1-200. Maderer Kauf des Rot. Frauenbundes, L. Lindenau, Böhmer Straße 26, von 9 bis 1/2 12 Uhr. Nr. 337-304.

Schlachthof. Donnerstag, den 6. Februar, von 9 bis 10 Uhr Nr. 102001 bis 103000, von 10 bis 12 Uhr Nr. 103001 bis 105000. Ausgabe von Knochenbrühsäften, Knochenbrühsaft, Auslands-wurst und Mäckerfleisch.

Lebensmittellieferer für Donnerstag, den 6. Februar.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Fleisch: Jeder Tag - abzugeben Fleischmarken-Nr. 1-10 (150 Gramm Fleisch und 50 Gramm Zerocelatwurst) und 50 Gramm Einheitswurst; nur Fleisch, Y 1-6 (150 Gramm); Zerocelatwurst, Y 7 und 8 (50 Gramm); Einheitswurst, Y 9 und 10 (50 Gramm).

Kartoffeln: abzugeben U 33/U 33 und U 34/U 34 der neuen Braunen Kartoffelart U (je fünf Pfund für 11. bis 17. und 18. bis 24. Februar.

Kaffee-Verfahren für Gastwirtschaften: Bezugskartennahme durch die Kleinhandl. in der Verteilungsstelle, Grimmaische Straße 20, 8-5 Uhr.

Seife: Markenlieferung durch die Seifenhändler an die Bezugsstellen, 8 bis 11 Uhr Nr. 2101 bis 2102 des Ausweises. Marmelade: Bezugskartennahme durch die Kleinhandl. Margarine (Monatsverteilung): Bezugskartennahme durch die Kleinhandl.

Kleine Chronik.

Neues Theater. (Meisterfänger Carmen.) Bei Herrn Ulrich scheint wirklich der Wagnerische Zwang zu deutlichem Dialog und damit zur Pölsche des Textes überhaupt die verbissene Wirkung zu haben, daß die Pölsche auf glückliche Weise verbessert wird.

Altes Theater. (Dramat.) Als Claudius ein wertvoller Gast, Paul Gerhards und Straßburg, nach Organ und Spiel zweifellos ein großer Gewinn für das klassische Schauspiel.

Städtische Theater. Die Intendanz der Städtischen Theater teilt auf verschiedene Anfragen hin mit, daß infolge vertraglicher Urkunde eine Wiederholung der Oper Der Prinz wider Willen von Otto Lohse vorerst nicht möglich ist.

Schauspielhaus. Wegen Erkrankung Hans Leibels muß der Spielplan vollständig geändert werden. Am Donnerstag wird sie begeben, Freitag Das Extempore, am Sonnabend und Sonntag neuerkündert: Die Ehre. Die gelosten und gelösten Karten behalten für die neuangelegten Vorstellungen Gültigkeit, können aber bis mittags 2 Uhr des betreffenden Tages an der Kasse zurückgegeben oder abgeteilt werden.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. Freitag, abends 8 Uhr im Gesellschaftsraum Metropol, Gottschalkstraße, Vortrag von Professor Frey: Was ist Wärme? Bitte willkommen.

